



Presseschau vom 03.10.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dan-news, *dnronline*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. *Cloudflare*) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: Krisen- und Insolvenzticker Deutschland und Europa

Die deutsche Wirtschaft rutscht immer tiefer in die Krise. Unter dem Druck dramatisch steigender Energiekosten und anderer ungünstiger Rahmenbedingungen sind allein in diesem Jahr tausende Unternehmen insolvent gegangen. Wir fassen in diesem Ticker die wichtigsten Entwicklungen und Neuigkeiten zusammen. ...

<https://kurz.rt.com/380r> bzw. [hier](#)

Eva Bartlett: Dank NATO-Waffen ist Donezk für Zivilisten kein sicherer Ort – ein Bericht

Westliche Medien ignorieren weiterhin, wie die Ukraine Waffen der NATO einsetzt, um unschuldige Zivilisten im Donbass zu töten. Doch im Westen regt sich Widerstand gegen diese kaum mehr verdeckte Beteiligung am Krieg in der Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/383o> bzw. [hier](#)

Anastassija Popowa: Kolonialmacht 2.0: EU will Uganda und Tansania Bau einer Ölpipeline verbieten

Das Europäische Parlament versucht Uganda und Tansania den Bau einer Ölpipeline zu verbieten. Dabei könnte das Projekt nicht nur die Entwicklung der afrikanischen Länder, sondern auch Europas angeschlagene Energieversorgung unterstützen. Was treibt Brüssel an? ...

...

<https://kurz.rt.com/37rc> bzw. [hier](#)

Felix Livschitz: Washington ist Moral egal – es sorgt sich nur darum, nicht erwischt zu werden

Recherchen der Washington Post haben ergeben, dass das Pentagon eine "umfassende interne Überprüfung" über seine heimliche Informationskriegsführung durchführte. Grund für die Überprüfung war, dass zuvor eine Vielzahl von Pentagon-"Bots" in den sozialen Medien aufgedeckt wurde. ...

<https://kurz.rt.com/37wm> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Wer zieht einen Vorteil aus der Zerstörung der Lebensadern für Energie der EU?

Ein Blick auf vergangene verdeckte Operationen und Sabotagen liefert Hinweise auf die Täterschaft hinter der offensichtlich vorsätzlichen Zerstörung der Nord-Stream-Pipelines. ...

<https://kurz.rt.com/384g> bzw. [hier](#)

Nebojša Malić: Wie der illegale Angriff der NATO auf den Balkan den Lauf der europäischen Geschichte veränderte

Eine militärische Intervention, die das imperiale Projekt der USA hätte krönen sollen, endete stattdessen mit dem Verlust des Einflusses der USA über Russland. Der aktuelle Konflikt um die Ukraine ist der Endpunkt dieser Entwicklung. Aber es gibt noch einen weiteren Faktor. ...

<https://kurz.rt.com/37a2> bzw. [hier](#)

Felicitas Rabe: BlackRock-Konferenz in Potsdam – Wie Ausbeutung und Umverteilung

weltweit gesteuert werden

Auf der BlackRock-Konferenz wurde vorgestellt, wie ein Vermögensverwalter mit wenig Personal Wirtschaft und Politik bestimmt. An konkreten Beispielen, wie der E-Autoproduktion, den Arbeitswelten bei Amazon und bei der Herstellung des neuen Apple-iPhones wird die Profiterzeugung für die Superreichen dargelegt. ...

<https://kurz.rt.com/37z6> bzw. [hier](#)

Scott Ritter: Nach Beitritt der Volksrepubliken zu Russland befindet sich die NATO in einem Dilemma

Moskau ändert den Spielplan der NATO, indem es für Kiew verlorene Gebiete in die Russische Föderation absorbiert und so den Krieg auf sein eigenes Territorium verlagert. ...

<https://kurz.rt.com/3856> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

19:04 de.rt.com: Nach Putsch in Burkina Faso: Demonstranten schwenken russische Fahnen

Nach einem Umsturz am Freitag in Burkina Faso richtete sich der Zorn des Protests inzwischen gegen Frankreich. Dem Land wird Kollaboration mit dem bisherigen Präsidenten vorgeworfen. Protestierende schwenkten russische Fahnen. Im Nachbarland Mali gewann Russland zuletzt an Einfluss.

In der Hauptstadt von Burkina Faso, Ouagadougou, haben Demonstranten die französische Botschaft angegriffen. Im Internet verbreitete Bilder zeigen, dass die Botschaftsgebäude in Flammen standen. Ebenfalls zu sehen ist eine große Zahl aufgebracht demonstrierender Demonstranten. Vorausgegangen war dem ein Militärputsch. Das Militär enthob nur acht Monate nach dem letzten Staatsstreich erneut den Präsidenten, Oberstleutnant Paul-Henri Sandaogo Damiba, seines Amtes. In einer Ansprache im staatlichen Fernsehen RTB wurde der Hauptmann der burkinischen Streitkräfte, Ibrahim Traoré, zum Staatsoberhaupt erklärt. Die Grenzen wurden geschlossen, es wurde zudem eine Ausgangssperre verhängt.

Die Wut der Demonstranten gegen Frankreich ist auf das Gerücht zurückzuführen, der bisherige Präsident Denimba befände sich unter dem Schutz Frankreichs, der ehemaligen Kolonialmacht des Landes. Die neue Militärregierung fürchtet zudem einen von Frankreich unterstützten Gegenschlag.

Frankreich stritt die Vorwürfe ab, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) berichtete. Denimba würde sich weder in der französischen Botschaft noch auf einem französischen Militärstützpunkt aufhalten. Frankreich wies jegliche Beteiligung an den Ereignissen im westafrikanischen Land zurück.

In den sozialen Medien kursieren Bilder, auf denen Demonstranten mit russischen Fahnen zu sehen sind. Im Nachbarland Mali hatte sich Frankreich aus der dortigen UN-Friedensmission komplett zurückgezogen. Deutschland ist in Mali aufgrund anhaltender Mutmaßungen, Mali suche die militärische Kooperation mit Russland, weiter aktiv. Russland und China gelten vielen afrikanischen Ländern inzwischen als interessantere Bündnispartner als Länder des Westens, unter anderem, weil keine, das Verhältnis belastende kolonialistische Vergangenheit besteht.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633993afb480cc534e2f6177.jpg>

Teilnehmer einer Demonstration anlässlich des letzten Umsturzes im Januar, Ouagadougou, 26. Januar 2022

20:23 (19:23) novorosinform.org: **Die Werchowna Rada der Ukraine wird umgehend einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung des russischen Eigentums behandeln**

Der Sprecher des ukrainischen Parlaments, Ruslan Stepantschuk, kündigte die Behandlung des Gesetzentwurfs zur Verstaatlichung des russischen Eigentums bei der nächsten Sitzung an.

Ihm zufolge führt der Gesetzesentwurf ein "absolut vereinfachtes System" der vollständigen Beschlagnahme von Eigentum aller (*natürlichen oder juristischen – A.d.Ü.*) Personen ein, die in der Russischen Föderation ansässig sind oder als Subjekt des Völkerrechts zur Russischen Föderation gehören.

„Ich denke, dass es sicherlich bei der nächsten Sitzung der Werchowna Rada vorgelegt und darüber abgestimmt wird, wie es der Präsident der Ukraine versprochen hat“, sagte Stepantschuk bei einem Briefing.

Der Sprecher fügte hinzu, dass sich die Ukraine nach vorläufigen Angaben auf die Verstaatlichung von mehr als 900 russischen Objekten vorbereite.



https://novorosinform.org/content/images/47/30/54730_720x405.jpg

19:25 de.rt.com: **US-Verteidigungsminister: Unterstützung für Ukraine "so lange wie nötig"**

Die USA sichern der Ukraine weiterhin kontinuierliche Unterstützung zu – unabhängig vom weiteren Kriegsverlauf. Aus Sicht des US-Verteidigungsministers Lloyd Austin entwickelten sich die Kampfhandlungen derzeit gerade positiv für die ukrainischen Streitkräfte. Dem US-

Sender CNN sagte er, es sei schwer, den weiteren Verlauf vorherzusagen. Austin betonte: "Aber ich würde sagen, dass wir – egal, in welche Richtung sich das entwickelt – den Ukrainern so lange wie nötig Sicherheitsunterstützung gewähren werden."

Austin ging in dem Interview nicht direkt auf die Frage ein, ob die USA der Ukraine auch Raketensysteme mit größerer Reichweite liefern sollten. Die Ukraine will solche Raketen mit einer maximalen Reichweite von bis zu 300 Kilometern. Als Grund für die bisherige US-Zurückhaltung gilt die Sorge, dass damit auch Ziele in Russland angegriffen werden könnten. Austin antwortete auf die entsprechende Frage, es gehe nicht nur darum, welche Waffen man zur Verfügung habe, sondern vor allem darum, wie man sie einsetze und verschiedene Aktivitäten auf dem Schlachtfeld miteinander verbinde. Die ukrainische Armee sei darin aber gut:

"Sie bekommen die richtigen Sachen und setzen sie richtig ein."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6339c2f1b480cc541d107ef1.jpg>
g

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin

19:45 de.rt.com: **LVR-Chef: Russischer Geist kann nicht gebrochen werden**

Die Volksabstimmungen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson haben der Welt gezeigt, dass der Russische Geist nicht gebrochen werden kann. Darauf wies der Chef der Volksrepublik Lugansk (LVR), Leonid Passetschnik, in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der serbischen Zeitung [Večernje novosti](#). Er erklärte:

"98,42 Prozent der Bürger der LVR stimmten für den Beitritt zu Russland. Das Ergebnis kann uns nur freuen, denn wir haben endlich das Ziel erreicht, das wir uns 2014 gesetzt hatten. Die Menschen haben sich entschieden, nach Russland und zu ihrem Volk zurückzukehren, und die Bombardierungen und Provokationen Kiews, das das Referendum verhindern wollte, konnten uns nicht einschüchtern. Dieses Referendum hat der ganzen Welt gezeigt, dass der Russische Geist nicht gebrochen werden kann, vereint sind wir noch stärker geworden."

Die Referenden über den Beitritt zu Russland fanden vom 23. bis einschließlich 27.

September in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson statt. Eine überwältigende Mehrheit der Einwohner stimmte für den Beitritt zur Russischen Föderation. Am Mittwoch richteten die Leiter der Donbass-Republiken sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje offizielle Appelle an Putin mit dem Vorschlag, ihre Gebiete als Subjekte der Russischen Föderation aufzunehmen. Die feierliche Unterzeichnung der entsprechenden Abkommen fand am 30. September im Sankt Georgssaal des Großen Kremlpalastes statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63396f5048fbef5cb723a371.jpg>

Leonid Passetschnik

20:15 de.rt.com: **Dänische Behörde: Gas-Austritt aus Nord Stream-Pipelines wohl vorbei**

Nach Einschätzung dänischer Behörden tritt aus den beschädigten Nord Stream-Pipelines in der Ostsee mittlerweile wohl kein Gas mehr aus. Man sei vom Betreiber, der Nord Stream AG, informiert worden, dass sich auch bei Nord Stream 1 mittlerweile der Druck in der Pipeline stabilisiert habe, teilte die Behörde am Sonntagnachmittag auf Twitter mit. Dies deute darauf hin, dass kein Gas mehr austrete. Den gleichen Stand hatten die Dänen am Samstag bereits zu Nord Stream 2 mitgeteilt.

20:30 de.rt.com: **"Dubios" – EU-Parlament schmettert Russland-Ukraine-Frage einfach ab**

Der EU-Abgeordnete Mick Wallace [konfrontierte](#) das Komitee für Sicherheit und Verteidigung während einer Debatte über den weiteren Umgang Europas mit dem Ukraine-Krieg mit der jüngsten Aussage Putins, der Westen habe die Friedensverhandlungen blockiert. Wallace zitierte die ukrainische Nachrichtenagentur Ukrainska Pravda, wonach die Friedensgespräche abgebrochen worden seien, "nachdem der damalige britische Premierminister Boris Johnson im April Kiew besucht und Selenskij darüber informiert hatte, dass Putin unter Druck gesetzt werden und nicht über seinen Wunsch verhandelt werden sollte. Johnson teilte auch mit, dass selbst wenn die Ukraine bereit sei, einige Vereinbarungen über Sicherheitsgarantien mit Putin zu unterzeichnen, die westlichen Staaten wären es jedoch nicht".

"Ich frage mich bloß, ob es damals tatsächlich einen Hoffnungsschimmer gab. Und ich frage mich, ob Sie glauben, dass es eine Möglichkeit gibt, diesen Krieg durch Dialog und Diplomatie zu beenden?", fragte Wallace. Doch seine Frage wurde einfach abgeschmettert: Die Behauptungen von Wallace würden wohl von "dubiosen Verschwörungswebseiten" stammen, die normalerweise nicht gelesen würden, weshalb dies nicht kommentiert werden könne.



<https://thumbs.odycdn.com/b73b97d69572b16bb913ae98cc61bb8d.webp>

21:46 (20:46) novorosinform.org: **Der Westen bereitet nukleare Provokation in der Ukraine vor – Mironow**

Der Vorsitzende der Duma-Fraktion „Gerechtes Russland – für die Wahrheit“ Sergej Mironow erklärte, die westlichen Länder bereiteten eine nukleare Provokation in der Ukraine vor. In seinem Telegram-Kanal stellte Mironow fest, dass die hysterischen Äußerungen von Beamten in der Ukraine und im Westen über den angeblich möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland "darauf abzielen könnten, einen Deckmantel für eine weitere groß angelegte Provokation gegen die Russische Föderation zu schaffen".

"Zuerst haben sie einen Mythos über die unbesiegbare ukrainische Armee geschaffen, dann über die schweren Niederlagen der russischen Armee, und jetzt scheint Russland keine andere Wahl zu haben, als ein ‚Hiroshima‘ in einem Nachbarland zu arrangieren. Wer hinter diesen hysterischen Fälschungen steckt, ist es ganz klar: Das Kiewer Regime und seine westlichen Kuratoren bereiten eindeutig eine weitere abscheuliche Provokation vor", schrieb Mironow. Der Politiker stellte fest, dass russophobe Äußerungen vor dem Hintergrund von Berichten über die Pläne des Kiewer Regimes zur Schaffung einer „schmutzigen“ Atombombe erscheinen. Wohingegen auf der Website des Präsidenten der Ukraine eine Petition zum Nuklearstatus der Ukraine aufgetaucht ist, für die Selenskij selbst schon vor Beginn der russischen Spezialoperation eingetreten ist.

Mironow erinnerte daran, dass die Bedingungen für den möglichen Einsatz von Atomwaffen durch Russland in der russischen Atomdoktrin klar formuliert sind: Dies ist nur als Vergeltungsschlag oder bei existenzieller Bedrohung unseres Staates möglich.

„Wir haben keine Pläne, die ‚ukrainische Frage‘ so zu lösen, wie es die Amerikaner 1945 mit den Japanern getan haben – das entspricht nicht unserer Tradition. Ebenso wenig wie die Ukraine in ein zweites Vietnam zu verwandeln, wie die Vereinigten Staaten, die brannten das Land mit Napalm nieder“, fügte der Fraktionschef von "Gerechtes Russland" hinzu.



https://novorosinform.org/content/images/47/32/54732_720x405.jpg

20:50 de.rt.com: **Sacharowa: Vorwürfe, Russland wolle "die Karte Europas umgestalten", sind lächerlich**

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, reagierte auf die Kritik des Westens, Russland habe beschlossen, "die Landkarte Europas umzugestalten". Auf ihrem Telegram-Kanal [schrieb](#) sie:

"Es ist lächerlich, dass diese These gerade in Deutschland vertreten wird, das seine heutigen Grenzen erst aufgrund seiner 'Umgestaltung' in den späten 1980er Jahren innehat. Lassen Sie mich an den wichtigsten politischen Slogan von Bundeskanzler Willy Brandt erinnern: 'Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört'. In den 80ern haben wir die Deutschen verstanden und uns ihren Bestrebungen angeschlossen. Es war unser guter Wille, obwohl der deutsche Faschismus die Hälfte unseres Landes zerstört und über 25 Millionen unserer Bürger vernichtet hatte."

Sacharowa erinnerte auch daran, dass viele osteuropäische Länder, die jetzt zu den schärfsten Kritikern des russischen Vorgehens geworden sind, nur durch die "Umgestaltung" der Grenzen in den letzten Jahrzehnten zu souveränen Staaten wurden. Sie verwies außerdem auf die Ukraine, die ihre Staatlichkeit ebenfalls nur dank der "Umgestaltung" der Grenzen erlangte. "Das erste Mal war im Jahr 1918. Und dann 70 Jahre danach", betonte Sacharowa.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/63399e8e48fbef5cb723a392.jpg>

21:05 de.rt.com: **Extraktions-Missionen in der Ukraine: US-Firma zahlt Söldnern 1.000 bis 2.000 Dollar pro Tag**

Ein US-Unternehmen ist auf der Suche nach Söldnern, die in der Ukraine sogenannte

Extraktions-Missionen durchführen. Dafür werden sie mehr als fürstlich belohnt.

Im Ukraine-Krieg sind längst nicht nur reguläre Soldaten im Einsatz, sondern auch Saboteure und Söldner. Und die werden gut bezahlt: 1.000 bis 2.000 Dollar Sold pro Tag winken, je nach Berufserfahrung und Aufgabe, dazu Boni. Gesucht werden zumeist sogenannte "Extraktions- und Schutzagenten", Männer wie Frauen, die betuchte Ukrainer schützen und bei Bedarf auch evakuieren sollen. Mindestqualifikation: fünf Jahre militärische Erfahrung, gute Kenntnisse im Umgang mit Kleinwaffen, körperlich fit, heißt es beispielsweise in einer [Stellenanzeige](#), die diese Woche auf Silent Professionals, einer Website für Verteidigungs- und private Sicherheitsjobs, erschien.

"Der Arbeitgeber ist ein Unternehmen mit Sitz in den USA", das Personal für verdeckte Operationen auf dem Lande und in den Großstädten der Ukraine sucht. "Sowohl männliche als auch weibliche Agenten sind willkommen, sich zu bewerben", wird dem potentiellen Bewerber suggeriert. Was sich anhört wie das Drehbuch eines Actionfilms, ist allerdings bittere Realität. Und die Nachfrage nach privaten Söldnern steigt. So ist die US-Firma längst nicht die einzige, die ehemalige Soldaten und Veteranen für den Kampf in der Ukraine engagiert. Während die Nachfrage nach erfahrenen Sicherheitskräften wächst, steigen die in Aussicht gestellten Entlohnungen zugleich ins nahezu unermessliche - und das findet Anklang.

Aber die Nachfrage nach bezahlten Sicherheitskräften – viele von ihnen ehemalige Soldaten mit der Fähigkeit zu kämpfen und zu töten – lässt viel Raum für Fehler und bietet zudem das Potenzial für Chaos. Denn der Übergang vom Personenschutz zum direkten Militäreinsatz für eine der Kriegsparteien ist fließend. Krieg war schon immer ein gutes Geschäft, und auch in der Ukraine tummeln sich jetzt Söldner und ausländische Kämpfer, die in manchen Fällen wegen des Geldes und in anderen Fällen aus Überzeugung kämpfen.

In den Konfliktregionen dieser Welt agieren private Militär- und Sicherheitsfirmen bereits seit Jahrzehnten. Aber erst während der Kriege im Irak und in Afghanistan rückten sie in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. So auch die US-amerikanische Firma Blackwater, die mittlerweile Academi heißt. Bekannt wurde Academi vor allem im Zuge des letzten Irak-Krieges durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Foltervorwürfe. Das Unternehmen ist bis heute weltweit tätig und gehört laut eigenen Angaben zu den größten Sicherheitsfirmen auf dem Markt.

Auch in Osteuropa werden Privatfirmen seit Langem zum Schutz wohlhabender Personen und Unternehmen eingesetzt. Während der Zerschlagung des ehemaligen Jugoslawiens wurde eine Reihe privater Sicherheitsdienstleister beauftragt, die bosnischen und kroatischen Streitkräfte auszurüsten, auszubilden und zu organisieren – alles mit dem Segen der US-Regierung. Bis heute gestaltet es sich allerdings schwierig, die Auftraggeber zu verfolgen. Klar ist lediglich, dass es sich um eine wachsende "Branche" handelt. Laut einem Bericht der militärischen Fachzeitschrift Defense News wird die weltweite private Militär- und Sicherheits-"Industrie" im Jahr 2030 einen Gesamtwert an der Börse von mehr als 457 Milliarden Dollar erreichen, gegenüber etwa 224 Milliarden Dollar im Jahr 2020.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6339b9a548fbef5d6d2cc7db.jpg>

21:25 de.rt.com: **US-Medien: Russland könnte die USA wegen Nord-Stream-Angriffen als Kriegsgegner einstufen**

Das US-amerikanische Politikmagazin National Review mutmaßt, wer von der Sprengung der Nord Stream-Pipelines profitiert hat, und kommt zu dem Schluss, dass es die Ukraine, Polen und die USA gewesen sein könnten – wobei nur die USA über die Mittel zur Durchführung einer solchen Operation verfügten. Man weist darauf hin, dass für Russland die Existenz der Pipelines vorteilhaft gewesen war:

"Russlands Strategie der Zwangsdiplomatie basierte auf dem Funktionieren dieser Pipelines, die es Putin ermöglichten, den Hahn zuzudrehen und dann wieder aufzudrehen, wenn er bekam, was er wollte. Die EU – insbesondere Deutschland – zeigte bereits Anzeichen dafür, dass sie des Energiekriegs überdrüssig war. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz weigerte sich ständig, Waffen, die seine Regierung bereits zugesagt hat, an die Ukraine zu liefern. Die Kriegssanktionen der EU gegen Russland wurden bereits abgeschwächt. Die Europäische Union hat ihre Beschränkungen für die Einfuhr von russischem Dünger in die EU bereits aufgehoben, und Russland hat sie gebeten, die Beschränkungen für die Lieferung von russischem Dünger an Entwicklungsländer aufzuheben.

Der erste Blick erweist sich noch als vernünftig. Russland befindet sich mitten in einem Energiekrieg mit Europa. Warum sollte es seine Waffe in den Monaten, bevor sie ihre größte Wirkung entfalten würde, in die Luft jagen?"

National Review betonte: Ein "Nachteil einer US-Beteiligung an der Explosion" der Pipelines sei die Gefahr, dass eine solche Beteiligung "einen bereits verzweifelten Putin dazu zwingen könnte, die Vereinigten Staaten als vollwertigen Kriegsgegner zu behandeln" und die US-amerikanische Infrastruktur ebenfalls anzugreifen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6339af6548fbef5b3c62f298.jpg>
Landanschlusspunkt der Nord Stream-2-Gaspipeline in Lubmin, Deutschland

21:45 de.rt.com: **National Interest: Nur Diplomatie kann die Unabhängigkeit der Ukraine retten**

Keine weiteren Sanktionen und keine neuen Waffenlieferungen – der Westen solle einen sofortigen Waffenstillstand aushandeln, wenn man eine unabhängige Ukraine erhalten wolle, so David T. Pyne, ein ehemaliger Stabsoffizier der US-Armee in seinem [Artikel](#) für die Zeitschrift National Interest. Man solle unverzüglich zur Diplomatie zurückkehren, betonte er: "Es gibt nur eine Möglichkeit für den Westen, die Ukraine in den nächsten Monaten vor einer Niederlage auf dem Schlachtfeld zu bewahren und einen Atomkonflikt mit Russland zu vermeiden: eine Rückkehr zur Diplomatie. Präsident Joe Biden muss zu einem sofortigen Waffenstillstand und einer Waffenstillstandsvereinbarung aufrufen, um die Ukraine zu retten, ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit mit der Kontrolle über mindestens 81 Prozent ihres Territoriums zu erhalten. Es liegt im nationalen Sicherheitsinteresse der USA, dass Russland und die Ukraine so bald wie möglich einen dauerhaften Waffenstillstand aushandeln und eine mögliche nukleare Eskalation vermeiden."

Ein Waffenstillstandsabkommen würde die Kämpfe beenden, es den über 7,5 Millionen ukrainischen Flüchtlingen ermöglichen, in ihre Heimat zurückzukehren und den Prozess des Wiederaufbaus und der wirtschaftlichen Erholung zu beginnen, so der Experte. Dabei müsse man einen "eingefrorenen Konflikt" vermeiden, der sich aus den Minsker Vereinbarungen ergeben hat, um ein "echtes Ende des Krieges zu finden", erläuterte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/6339a76148fbef5cc04e7661.jpg>

22:25 de.rt.com: **Mobilgemachte Russen lernen moderne Kampftaktiken**

Am Sonntag veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium Aufnahmen von der [Gefechtsausbildung](#) der mobilgemachten Reservisten. Im Südlichen Militärdistrikt im Hauptquartier in Rostow am Don lernen und trainieren die Soldaten unter anderem moderne Kampftaktiken, die Nutzung von Kommunikationstechnik, Erste Hilfe, militärische Topographie und ABC-Schutz.

Darüber hinaus wird selbstverständlich das Schießen mit Kalaschnikow-Sturmgewehren und leichten Maschinengewehren sowie mit RPG-7V-Granatwerfern trainiert. Die Ausbildung wird von Soldaten mit großer Kampferfahrung geleitet.



<https://thumbs.odycdn.com/f750cabcf51b168d64572f800a858ce1.webp>

vormittags:

6:15 de.rt.com: **Neues US-Kommando in Wiesbaden soll Kriegsunterstützung für die Ukraine koordinieren**

Das Pentagon arbeitet einem Medienbericht zufolge an der Bildung eines neuen Kommandos, das die Bewaffnung und Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte koordinieren soll. Angesiedelt werden soll es demnach in Wiesbaden.

In Wiesbaden soll Medienberichten zufolge offenbar ein neues Kommando des US-Militärs entstehen, das künftig für die Koordinierung des amerikanischen Ausbildungs- und Unterstützungsprogramms für die ukrainische Armee zuständig sein wird. Wie die New York Times unter Berufung auf hochrangige US-Militär- und Verwaltungsbeamte berichtet, würde das neue Kommando General Christopher G. Cavoli, dem obersten US-Offizier in Europa, unterstellt sein und Entscheidungen der Ukraine Defense Contact Group umsetzen, einer vom Verteidigungsministerium zur Unterstützung der Ukraine geschaffenen Koalition aus 40 Ländern.

Für das neue Kommando seien etwa 300 Mitarbeiter vorgesehen, die in Wiesbaden, stationiert würden. Während das Wiesbadener Hauptquartier laut dem Times-Bericht als Verwaltungszentrum für das neue Kommando fungieren soll, würde ein Großteil der praktischen Ausbildung hingegen an Orten stattfinden, an denen die US-Armee große Schießstände unterhält, darunter Grafenwöhr und Hohenfels. Auch dem Truppenübungsplatz in Baumholder könnte dann eine noch größere Bedeutung zukommen.

Der Pressesprecher des US-Verteidigungsministeriums, Brigadegeneral Patrick S. Ryder, lehnte es gegenüber der New York Times zwar ab, die Gerüchte zu kommentieren, in einer schriftlichen Stellungnahme erklärte er jedoch:

"Wir bewerten und verfeinern kontinuierlich unsere interne Haltung und unsere Prozesse, um

sicherzustellen, dass wir die Ukraine rechtzeitig mit relevanter Sicherheitshilfe versorgen, um ihre dringendsten Bedürfnisse auf dem Schlachtfeld zu erfüllen und ihre dauerhafte Stärke aufzubauen, um künftige russische Aggressionen abzuschrecken."

Auch wenn es bisher noch keine offizielle Bestätigung für die vermeintlichen Pläne des Pentagons gab, lässt der bereits im Sommer veranlasste Umzug des zuvor in Stuttgart stationierten International [Donor Coordination Centre](#) nach Wiesbaden vermuten, dass die Konsolidierung der Ausbildungs- und Ausrüstungsaufgaben schon eingeleitet wurde. Das aus Logistikspezialisten bestehende Team, dem Offiziere aus mehr als zwei Dutzend Ländern angehören, überwacht die Lieferungen militärischer Spenden an die Ukraine und stellt gleichzeitig sicher, dass die Ukrainer eine angemessene Ausbildung für die Ausrüstung erhalten.

Im Rahmen dieses Programms wurden nach Angaben des Pentagons in Deutschland bisher rund 2.000 Ukrainer an amerikanischer Artillerie und Drohnen ausgebildet. Das nunmehr vorgesehene neue Kommando würde dann die formale Ausbildung auf den Übungsplätzen in Deutschland sowie die in den Nachbarländern eingerichteten technischen Unterstützungszentren beaufsichtigen. "Dadurch würde eine formale Sicherheitsstruktur geschaffen, an die sich unsere Verbündeten und Partner halten können, wenn es darum geht, ihre Ausrüstung und Ausbildung in die Hände der Ukrainer zu geben", erklärte Admiral James G. Stavridis, ehemaliger Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa, der New York Times. Auch General David H. Petraeus, früherer oberster US-Befehlshaber im Irak, betonte gegenüber der Zeitung, dass die Gründung eines neuen Koordinationskommandos "eine sehr wichtige und sehr angemessene Initiative" sei. Jedoch handle es sich dabei nicht um eine wesentliche Änderung des derzeitigen Unterstützungssystems. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden hatte in der Vergangenheit bereits mehrfach signalisiert, die Ukraine langfristig unterstützen zu wollen. Erst vor wenigen Tagen kündigte das US-Verteidigungsministerium weitere 1,1 Milliarden US-Dollar an zusätzlicher Militärhilfe für die Ukraine an, die ein hochrangiger US-Verteidigungsbeamter als "mehrjährige Investition" in die Verteidigung des Landes bezeichnete.

Seit dem Beginn der russischen Invasion Ende Februar sagten die USA der Ukraine mehr als 16 Milliarden Dollar an Sicherheitshilfe zu. Ein Großteil der Unterstützung war für die Erfordernisse des aktuellen Kampfes bestimmt. Zunehmend konzentriert sich die Regierung aber auch auf die mittel- und langfristigen Bedürfnisse der Ukraine. Seit den ersten Wochen des Krieges haben die USA nach Möglichkeiten gesucht, ukrainische Anfragen nach verschiedenen Ausrüstungsgegenständen schnell und effektiv in Waffenlieferungen umzuwandeln, sodass aus einem Prozess, der normalerweise Wochen oder mehr dauert, eine Sache von Tagen wurde. Das neue Kommando würde eine noch bessere Struktur innerhalb des Militärs schaffen, um die Transporte zu verwalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6339735a48fbef5c5a397cd6.jpg>

7:00 de.rt.com: **Washington unterstützt "territoriale Integrität der Ukraine"**

Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, hat mit Andrei Jermak, dem Stabschef des ukrainischen Präsidenten, über Washingtons Unterstützung für Kiew und die Situation rund um das AKW Saporoschje gesprochen, teilt der Pressedienst des Weißen Hauses mit. In einer Mitteilung heißt es:

"Sullivan traf sich mit Jermak in Istanbul. Sullivan betonte die starke Unterstützung der USA für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität der Ukraine."



[https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a5eb8b480cc60a43c1d93.jp](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a5eb8b480cc60a43c1d93.jpg)

g

Jake Sullivan

7:42 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk und Kaschtanowoje mit NATO-Kaliber**

Ukrainische Artilleristen haben Donezk, Kaschtanowoje und Alexandrowka innerhalb von einer Stunde mit 16 Granaten im NATO-Kaliber 155 Millimeter und drei Granaten im Kaliber 152 Millimeter beschossen. Das [teilt](#) die Vertretung der Volksrepublik Donezk (DVR) im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der ukrainischen Kriegsverbrechen auf ihrem Telegram-Kanal mit.

Artillerie im Kaliber 155 Millimeter wird von den NATO-Ländern eingesetzt. Die Vereinigten Staaten lieferten Kiew 155-Millimeter-Haubitzen mit großer Reichweite vom Typ M-777, mit denen ukrainische Truppen Städte in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk unter Beschuss nehmen. Kiew erhielt auch deutsche Panzerartilleriesysteme vom Typ PzH 2000 sowie polnische Krab- und französische CAESAR-Panzerabwehrsysteme, die Geschosse dieses Kalibers verwenden.

8:34 de.rt.com: **Ukrainische Truppen scheitern mit Durchbruchversuch im Gebiet Cherson**

Versuche der ukrainischen Armee, im Gebiet Cherson durchzubrechen, seien vereitelt worden und die Lage sei unter Kontrolle, verkündet der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow. Er schreibt auf Telegram:

"Am Frontabschnitt Nikolajew ist alles unter Kontrolle, trotz der Versuche der Ukranas, die Verteidigungsanlagen zu durchbrechen. Die Nazis rückten entlang des Dnjepr in Richtung Dudschan vor und wurden dort von der russischen Luftwaffe angegriffen. Im Moment ist die Situation vollständig unter Kontrolle."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633a82e9b480cc372758a9b7.jpg>
Verbranntes ukrainisches Armeefahrzeug bei Cherson

8:43 de.rt.com: **Bloomberg: Inflation in EU bleibt hoch. Zinserhöhung zur Bekämpfung ungeeignet**

Die Agentur Bloomberg sieht für die EU ein anhaltend hohes Inflationsrisiko. Die Inflation sei importiert, Zinserhöhungen der EZB seien daher zur Eindämmung unwirksam. Bloomberg erwartet zudem einen Rückgang der Löhne in der EU.

Wie das auf Wirtschaftsnachrichten spezialisierte Nachrichtennetzwerk Bloomberg berichtet, hat sich das Inflationsrisiko in der EU verstetigt. Im Vergleich mit den USA stiegen die Preise in der EU schneller und über ein breiteres Spektrum hinweg. Höher sei auch das Rezessionsrisiko sowie das Risiko breitflächiger Lohnverluste.

Ökonomen prognostizieren für das kommende Jahr eine Inflation in der EU von fünf Prozent. In den USA werden lediglich drei Prozent erwartet.

"Auf kurze Sicht sieht die Inflation in der Eurozone tatsächlich gravierender aus als in den USA", erklärte Robin Brooks, Chefökonom am Institute of International Finance.

Der Grund dafür sei die Erdgaskrise in Europa. Diese resultiert aus Engpässen bei Gasimporten aus Russland in die EU. In Abhängigkeit davon sind auch die Strompreise in der EU in die Höhe gegangen. All dies wirkt sich auf die Kosten in nahezu allen Bereichen aus. Das Ergebnis ist eine breitflächige und hohe Inflation.

Bloomberg weist darauf hin, dass die EU eine fundamental andere Art von Inflation aufweist als die USA. Die Inflation in der EU werde aktuell nicht durch die Lohnentwicklung und eine das Angebot übersteigende Nachfrage, sondern nahezu ausschließlich durch die hohen Rohstoffpreise angetrieben.

Das aber bedeutet laut Bloomberg, dass die Europäische Zentralbank mit anderen Instrumenten auf die Krise reagieren müsse als die US-amerikanische FED. Zinserhöhungen seien für die Lösung des Inflationsproblems im Euroraum und der EU nicht geeignet. Sie seien eher geeignet, der Wirtschaft weiteren Schaden zuzufügen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633a7b0748fbef093b4754b7.jpg>

Demo in Herxheim bei Landau Pfalz: Unter dem Motto Herxheim steht auf, gemeinsamer Aufzug von Handwerk, Landwirtschaft und Mittelstand wurden unter anderem die Waffenlieferungen, die Energiepreise und die Weiterführung von Corona-Maßnahmen angeprangert.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 03.10.2022

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 40 Mann;
- 4 Schützenpanzerwagen;
- 1 befestigte Feuerstellung;
- 9 Spezialfahrzeuge.

Der Gegner setzt den Beschuss von Objekten der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR fort.

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **Starobelsk** unter Einsatz von amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS **beschossen** und 1 Rakete abgefeuert.

Infolge des Beschusses wurde ein Kindergarten beschädigt.

Zusätzliche Informationen über Verletzte und Schäden werden noch ermittelt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik wird wieder ein friedliches Leben aufgebaut.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 2. Oktober haben sie mehr als 8 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Malorsanzewo und Belaja Gora zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR haben Freiwillige aus Altschewsk humanitäre Hilfe für die Einwohner von Sewerodonezk geliefert, darunter Lebensmittelpakete, Trinkwasser, Hygienemittel und Stromgeneratoren.

9:13 de.rt.com: Gebietsverwaltung Saporoschje: Kiew bereitet weitere Provokation vor

Die ukrainischen Behörden haben einseitig die Durchfahrt für Bewohner der befreiten Gebiete des Gebietes Saporoschje blockiert und bereiten möglicherweise eine neue Provokation mit zivilen Opfern vor. Darauf weist der Chef der Gebietsverwaltung Jewgeni Balizki auf Telegram hin. Er schreibt:

"Das Kiewer Regime hat einseitig die Ausfahrt an einem Kontrollpunkt in Richtung des Kontrollpunkts Wassiljewka in den befreiten Teil des Gebietes Saporoschje vollständig blockiert."

Balizki hebt hervor, dass Kiew absichtlich Hindernisse für die Einwohner von Saporoschje aufbaut, die die gefährlichen Gebiete, die unter ukrainischer Kontrolle stehen, verlassen wollen. Er wies darauf hin, dass die Kiewer Führung die Rechte der Menschen verletzt, indem es ihre Bewegungsfreiheit einschränkt. Seiner Meinung nach könnten diese Aktionen der Ukraine eine Vorbereitung für eine neue Provokation der ukrainischen Streitkräfte sein, die Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern wird.



[https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a6015b480cc42575cc7f4.jp](https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a6015b480cc42575cc7f4.jpg)

g

Jewgeni Balizki

10:24 (9:24) novorosinform.org: **Alliierte Truppen erzielen einige Erfolge in Richtung Artjomowsk – Puschilin**

Die Streitkräfte der russischen Koalition führen Offensivoperationen im Frontabschnitt Artjomowsk durch. Dies berichtete der Oberhaupt der DVR Denis Puschilin.

„Natürlich ist die Befreiung im Gebiet von Artjomowsk wichtig für uns. Und dort erzielen die alliierten Streitkräfte auch einige Erfolge, es gibt zusätzliche Erfolge direkt in der Stadt Artjomowsk“, sagte er.

Nach Angaben des Oberhauptes der Republik nutzen die ukrainischen Truppen im angegebenen Gebiet alle verfügbaren Mittel, insbesondere NATO-Modelle von Artillerie- und Raketensystemen, aber die Situation für die Streitkräfte der Ukraine werde zunehmend komplizierter.

"Unsere Einheiten ergreifen Maßnahmen, um solchen Beschuss zu verhindern, ihn nach Möglichkeit zu minimieren", betonte Puschilin.



https://novorosinform.org/content/images/47/52/54752_720x405.jpg

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 03.10.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **140 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie Mörsern des Kalibers 120mm **abgefeuert**.

Die Gebiete von **11 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss **starben 2 Zivilisten, 3 wurden verletzt**. 3 Häuser und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Haubitzen M777, 6 Stück Panzertechnik und 3 Drohnen.

Die Verluste an Personal des Gegners betragen 60 Mann.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:41 de.rt.com: **Deutschlands NATO-Vertreter: Wollen keinesfalls, dass die NATO sich aktiv an diesem Krieg beteiligt**

Die NATO reagiert nicht auf Hilfsersuchen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, weil Kiew kein Mitglied des Bündnisses ist, erklärte Rüdiger König, der ständige Vertreter Deutschlands beim Militärbündnis, dem Magazin *Der Spiegel*. Er sagte in einem [Interview](#) auf die Bemerkung, dass Selenskij das Bündnis wiederholt um Hilfe gebeten habe:

"Die Ukraine ist kein NATO-Mitglied. Es gibt also keinen 'Bündnisfall', der bedeuten würde, dass wir alle zusammen der Ukraine helfen, sich zu verteidigen. Wir wollen auch keinesfalls, dass die NATO sich aktiv an diesem Krieg beteiligt."

König betonte, dass der Eintritt der NATO in den Konflikt zu einem großen Krieg führen würde, an dem sich plötzlich 30 unwillige Staaten beteiligen würden. Er wies außerdem darauf hin, dass die Unterstützung Kiews durch seine westlichen NATO-Verbündeten als Maßnahmen einzelner Länder und nicht des Bündnisses selbst zu betrachten sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a65a448fbef107d765903.jpg>

Rüdiger König, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der NATO, und Christine Lambrecht, deutsche Verteidigungsministerin, bei dem NATO-Gipfel in Madrid im Sommer 2022

9:59 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte feuern HIMARS-Rakete auf Starobelsk ab**
Kiews Truppen haben in der Nacht eine HIMARS-Rakete auf Starobelsk in der Lugansker Volksrepublik (LVR) abgefeuert und beschädigten dabei einen Kindergarten. Das teilt die LVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen

der ukrainischen Kriegsverbrechen mit. In einer Erklärung auf deren Telegram-Kanal heißt es: "Ukrainische bewaffnete Formationen beschossen um 01.40 Uhr das Dorf Starobelsk mit dem Mehrfachraketenwerfer-System HIMARS (1 Rakete). Ein Kindergarten wurde durch den Beschuss beschädigt. Weitere Informationen zu Opfern und Schäden werden derzeit geklärt."

10:36 de.rt.com: **Ex-CIA-Chef: NATO würde die russischen Streitkräfte "ausschalten"**

Der pensionierte US-Armeegeneral David Petraeus, der nach dem Scheitern seiner Aufstandsbekämpfungsstrategie in Afghanistan kurzzeitig als CIA-Direktor fungierte, hat vorausgesagt, dass Washington auf einen russischen Atomangriff in der Ukraine mit einer verheerenden Reaktion reagieren und alle russischen Streitkräfte und Militärstützpunkte in der Region auslöschen würde. In einem Interview mit ABC News sagte er am Sonntag: "Wir würden mit einer kollektiven Anstrengung der NATO reagieren, die alle russischen konventionellen Streitkräfte, die wir auf dem Schlachtfeld in der Ukraine und auch auf der Krim sehen und identifizieren können, sowie jedes Schiff im Schwarzen Meer ausschalten würde."

Petraeus machte keine konkreten Angaben dazu, wie die NATO-Streitkräfte dem russischen Militär entgegentreten wollen. Er räumte ein, dass er hypothetisch gesprochen habe und die genauen Pläne der US-Regierung nicht kenne. Washington solle einen "nuklearen Schlagabtausch" vermeiden, müsse aber zeigen, dass ein russischer Atomschlag in keiner Weise akzeptiert werden könne.



[https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a7313b480cc3dc5781293.jp](https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a7313b480cc3dc5781293.jpg)

g

David Petraeus

10:48 de.rt.com: **"Versorgungsunterbrechungen verhindern": IEA rät EU zu Gaseinsparungen**

Um Versorgungsunterbrechungen in der EU zu vermeiden, rät die Internationale Energieagentur zum Energiesparen. Die Verantwortung für die kritische Situation sieht die Organisation ausschließlich bei Russland. Einen Zusammenhang mit den Sanktionen sieht die Agentur nicht.

Die Internationale Energieagentur IEA rät der EU zu Einsparungen beim Gasverbrauch, um leere Speicher und das Risiko von Versorgungsunterbrechungen in diesem Winter zu verhindern, teilt die Nachrichtenagentur dpa mit. Die Nachfrage müsse im Vergleich zum Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um neun bis 13 Prozent reduziert werden, heißt es in einem am Montag in Paris vorgelegten Gasmarktbericht der IEA.

Ohne Gaseinsparungen drohten bei einem vollständigen Lieferstopp von Gas aus Russland und geringen Lieferungen von Flüssiggas Versorgungsunterbrechungen.

"Der Einmarsch Russlands in der Ukraine und die drastische Reduzierung der Erdgaslieferungen nach Europa schaden Verbrauchern, Unternehmen und ganzen

Volkswirtschaften erheblich. Nicht nur in Europa, sondern auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern", sagte Keisuke Sadamori, IEA-Direktor für Energiemärkte und Sicherheit. "Die Aussichten für die Gasmärkte bleiben getrübt, nicht zuletzt wegen des rücksichtslosen und unberechenbaren Verhaltens Russlands, das den Ruf des Landes als zuverlässiger Lieferant erschüttert hat." Alles deutet darauf hin, dass die Märkte bis weit in das Jahr 2023 hinein sehr angespannt bleiben.

Zu den Auswirkungen der Sanktionen und den Anschlag auf Nord Stream äußerte sich Sadamori nicht. Ebenso ungenannt blieb die Tatsache, dass die Situation in den Schwellen- und Entwicklungsländern vor allem deshalb schwierig ist, weil die EU mit ihrem Wunsch, von russischen Energielieferungen unabhängig zu werden, diesen Ländern das Flüssiggas streitig macht, auf das sie angewiesen sind.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633a8c4248fbef093b4754c3.jpg>

11:02 de.rt.com: **Ukrainische Truppen töten Frau bei Beschuss eines Grenzdorfes im Gebiet Belgorod**

Beim Beschuss des Grenzdorfes Golowtschino im Gebiet Belgorod durch ukrainische Streitkräfte ist eine Frau ums Leben gekommen. Das teilt der Gouverneur des Gebietes Wjatscheslaw Gladkow am Montag mit. Er [schreibt](#) auf Telegram:

"Die ukrainischen Streitkräfte beschossen unser Dorf Golowtschino im Stadtbezirk Graiworonsk. Eine Frau, 48 Jahre alt, wurde getötet."

Außerdem wurden durch den Einschlag der Granaten im Dorfzentrum Schäden verursacht und es findet eine Haus-zu-Haus-Kontrolle statt. Alle Einsatzkräfte und der örtliche Verwaltungschef befanden sich am Ort des Geschehens. Angaben über Verletzte würden derzeit geklärt.

11:15 de.rt.com: **Sacharowa: Blinken spricht offen über die Motive der USA und der NATO zur Zerstörung von Nord Stream**

US-Außenminister Anthony Blinken hat auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der kanadischen Außenministerin Mélanie Joly offen und unverblümt über die Motive der USA und der NATO, die Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 zu zerstören, gesprochen. Darauf weist die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Montag auf ihrem Telegram-Kanal hin. Sie schreibt:

"Blinken hat offen und unverblümt gesagt, dass die USA und ihre NATO-Partner ein Motiv haben, die Gaspipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 zu zerstören."

Zudem wies die Sprecherin darauf hin, dass der US-Außenminister Moskau erneut beschuldigt habe, Energieressourcen als Waffe einzusetzen. Sacharowa wörtlich:

"Russland hat Energie nie als Waffe eingesetzt. Russland und davor die UdSSR haben Europa einfach mit Gas versorgt. Ohne Unterbrechung. Seit 50 Jahren. Die Lügen Washingtons

bestätigen nur dessen kriminelle Manipulation des Themas."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a902ab480cc3ba4473db4.jpg>

nachmittags:

12:04 de.rt.com: **Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit haben begonnen**

In Erfurt hat die Festtagszeremonie zum Tag der Deutschen Einheit begonnen. Mit dem Tag wird der Zusammenschluss von DDR und BRD begangen. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind nach wie vor groß. Das Vertrauen in die Demokratie sinkt.

Erfurt ist in diesem Jahr Gastgeber für die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit. Unter dem Motto "Zusammen wachsen" lädt die Thüringer Landeshauptstadt zum "Tag der Deutschen Einheit" ein, wo am 3. Oktober im Theater Erfurt der offizielle Festakt und die Einheitsfeier stattfinden. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas hält in diesem Jahr die Festrede. Mit dem Tag der Deutschen Einheit wird der Zusammenschluss des Staatsgebietes der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland begangen, der am 3. Oktober 1990 stattfand. Vorausgegangen waren dem friedliche Proteste auf dem Staatsgebiet der DDR und Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion unter Beteiligung der Bundesrepublik. Nach umfangreichen Verhandlungen und der Zusage, dass sich die NATO nicht weiter nach Osten ausbreiten würde, stimmte der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow der Einigung zu. Während die Sowjetunion ihre Militärbasen aufgab, sind in den Grenzen der alten Bundesrepublik nach wie vor US-amerikanische Stützpunkte vorhanden.

Wirtschaftlich war der Zusammenschluss für die neuen Bundesländer schwierig. Das Eigentum der DDR wurde verkauft, zahlreiche Betriebe in Ostdeutschland wurden geschlossen. Noch heute liegt das Lohnniveau in Ostdeutschland deutlich unter dem der alten Bundesländer, die Arbeitslosigkeit liegt dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Auch in anderen Bereichen ist es in den vergangenen dreißig Jahren nicht gelungen, das Land zu einen und die Niveaus anzugleichen.

Zahlen des aktuellen [Deutschland-Monitors](#), der vom Ostbeauftragten der Bundesregierung Carsten Schneider vor Kurzem vorgestellt wurde, verdeutlichen den Riss, der nach wie vor durch die Republik geht. Die Ostdeutschen sind gegenüber dem System der Bundesrepublik deutlich skeptischer als die Westdeutschen. So geht aus den veröffentlichten Zahlen hervor, dass 59 Prozent der Westdeutschen, aber nur noch 39 Prozent der Ostdeutschen zufrieden mit der Demokratie sind. Ein Unterschied von 20 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr sind die Werte zudem in beiden Landeshälften um mehrere Prozentpunkte gefallen. Auch die Zustimmung zu

der Aussage, man könne in Deutschland seine Meinung frei äußern, ohne "Ärger zu bekommen", stimmen 58 Prozent der Westdeutschen, aber nur 43 Prozent der Ostdeutschen zu. Auch hier sind die Werte im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen.

Mit der Arbeit der aktuellen Bundesregierung ist gerade mal ein Drittel aller Befragten in der Bundesrepublik zufrieden oder eher zufrieden.

Vor diesem Hintergrund warnt Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Die Grünen) zum Tag der Deutschen Einheit vor der Vereinnahmung der Montagsdemonstrationen von 1989 durch Populisten. Die Proteste seien damals ein entscheidender Beitrag zur friedlichen Revolution gewesen, sagte die Grünen-Politikerin. Es sei daher zynisch und geschichtsvergessen, wenn Protestierende nun versuchen, sich in eine vermeintliche Linie der Tradition zu stellen, meinte Roth.

In seinem [Grußwort](#) zum Tag der Deutschen Einheit ruft Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) angesichts der absehbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Folge der Konfrontation mit Russland zur Geschlossenheit auf.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633aab11b480cc2e96076e4e.jpg>

Die Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit werden in Erfurt ausgetragen. Im Bild: Die 22 – das Symbol für Zusammenwachsen – steht auf dem Domplatz.

12:16 de.rt.com: **Gebiet Saporoschje meldet Warteschlangen an Übergang zu befreitem Teil des Gebietes**

Mehrere Tausend Menschen stehen täglich an den Kontrollpunkten an, um in den befreiten Teil des Gebietes Saporoschje zu gelangen. Dies berichtet Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der zivil-militärischen Verwaltung des Gebietes Saporoschje und Vorsitzender der Bewegung "Wir sind mit Russland", laut der Nachrichtenagentur [TASS](#).

Er betont, dass die Hauptaufgabe jetzt die Befreiung des Restgebietes von Saporoschje sei. "Die Menschen dort leben in ständiger Angst, Terror und Einschüchterung. Das hängt damit zusammen, dass immer mehr Menschen in die befreiten Gebiete wollen, dass sie blockiert werden und nicht ausreisen dürfen."

Jeden Tag stünden mehrere Tausend Menschen an den Kontrollpunkten Schlange, so Rogow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633aa3efb480cc3862793234.jpg>
g

Wladimir Rogow

12:33 de.rt.com: **Rostec: Produktion von Tornado-G-Mehrfachraketenwerfern deutlich gestiegen**

Die Produktion von Mehrfachraketen vom Typ [Tornado-G](#) und Tornado-S wurde um ein Vielfaches gesteigert, teilt Rostec mit, die russische Staatsgesellschaft für Entwicklung und Produktion von industriellen Hightech-Erzeugnissen. Das Unternehmen erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Die militärische Abteilung der Motowilichinskie Werke hat aufgrund des gestiegenen Produktionsvolumens auf drei Schichten umgestellt. Die Produktion von Kampffahrzeugen vom Typ der Mehrfachraketenwerfer Tornado-G und Tornado-S hat sich im Vergleich zum Vorjahr vervielfacht und ein Volumen erreicht, wie es in den letzten zehn Jahren nicht mehr der Fall war."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a6ee2b480cc3dc578128f.jpg>
g

Tornado-G-Mehrfachraketenwerfer während der internationalen russisch-indischen Manöver Indra-2021

12:52 de.rt.com: **LVR-Botschafter: Erfahrungen der Krim sind wichtig für Integration der LVR in Russland**

Die Behörden der Volksrepublik Lugansk (LVR) stehen in engem Kontakt mit ihren Kollegen auf der Halbinsel Krim. Dortige Erfahrungen seien wichtig für die Integration der LVR in die

Russische Föderation, verkündete Rodion Miroschnik, der Botschafter der Republik in Russland, gegenüber TASS. Er erklärte:

"Wir haben enge freundschaftliche und geschäftliche Beziehungen mit der Krim und unseren Kollegen auf der Krim gepflegt und werden dies auch weiterhin tun. Ihre Erfahrung in vielen Bereichen ist für uns sehr nützlich und wichtig. Wir sind dankbar, dass wir die Möglichkeit haben, ihren Rat und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen und dass sie immer für uns da sind. Insbesondere in schwierigen Situationen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a7cceb480cc60a43c1d9e.jpg>

Rodion Miroschnik

13:25 de.rt.com: **DVR: Binnen 24 Stunden zwei Tote und drei Verletzte bei Beschuss durch ukrainische Artilleristen**

In den vergangenen 24 Stunden wurden in der Volksrepublik Donezk (DVR) beim Beschuss durch ukrainische Soldaten zwei Zivilisten getötet und drei verletzt. Dies teilt die DVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen der ukrainischen Kriegsverbrechen auf ihrem Telegram-Kanal mit.

Außerdem wird darauf hingewiesen, dass ukrainische Truppen das Gebiet der DVR im Laufe des Tages 31 Mal mit insgesamt 140 Geschossen unter Feuer nahmen. Hierbei seien Artillerie im Kaliber 155, 152 und 122 Millimeter sowie Mörser im Kaliber 120 Millimeter eingesetzt worden.

Elf bewohnte Gebiete seien unter Beschuss geraten, darunter die Städte Donezk, Gorlowka, Jassinowataja und Makejewka.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a9685b480cc2e96076e40.jpg>

Schrapnell einer Granate, die auf Donezk abgeschossen wurde

13:34 de.rt.com: **Volksrepublik Lugansk meldet Durchbruchversuche ukrainischer Truppen bei Kremennaja**

Ukrainische Einheiten haben ihre Durchbruchversuche an der Frontlinie nahe der Stadt Kremennaja in der Lugansker Volksrepublik (LVR) nicht aufgegeben. Den verbündeten Kräften gelinge es aber, den Vormarsch weiter aufzuhalten. Dies berichtet der Offizier der LVR-Volksmiliz Andrei Marotschko am Montag laut TASS. Aus einer Meldung geht hervor: "An einigen Frontabschnitten im Bereich der Ortschaft Kremennaja führen wir Verteidigungsmanöver durch. Nachdem wir uns aus der Siedlung Liman zurückziehen mussten, haben sich unsere Soldaten an den Zufahrten nach Kremennaja verschanzt. Dort geht es jetzt ziemlich heiß her. Der Feind lässt nicht von seinen Versuchen ab, unsere Verteidigung zu durchbrechen, aber unsere Helden bewältigen die Aufgaben."

"Leider ist Kremennoi wieder zu einer Frontsiedlung geworden, die regelmäßig von ukrainischen bewaffneten Verbänden mit allen Arten von Waffen beschossen wird. Trotzdem gibt es Menschen in Kremennaja, die nicht geflohen sind. Die meisten von ihnen sitzen jetzt wieder in Kellern, so wie es bei der Befreiung dieser Ortschaft war."

Dem Offizier zufolge erleiden die ukrainischen Truppen bei dem Versuch, die verbündeten Streitkräfte anzugreifen, kolossale Verluste. Kiew sei dies aber gleichgültig.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633a9c7948fbef093b4754cc.jpg>

13:42 de.rt.com: **DVR-Chef Puschilin berichtet von Erfolgen der alliierten Streitkräfte bei Artjomowsk**

Alliierten Truppen sei es gelungen, am Frontabschnitt bei Artjomowsk vorzurücken. Das teilte der Chef der Volksrepublik Donezk Denis Puschilin im russischen Fernsehen mit. Laut [RIA Nowosti](#) erklärte er:

"Natürlich ist die Befreiung am Frontabschnitt bei Artjomowsk für uns nicht unwichtig. Und dort erzielen die verbündeten Kräfte auch einige Erfolge. Es gibt zusätzliche Erfolge direkt in der Stadt Artjomowsk selbst."

Das Oberhaupt der Republik sprach auch über die Opfer des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte. Ihm zufolge wurden seit Ende Februar 460 Zivilisten von den ukrainischen Streitkräften getötet, darunter 22 Kinder. Weitere 1.931 Menschen seien verwundet worden, darunter 135 Kinder. Puschilin hob optimistisch hervor:

"Ich denke, die Situation wird sich sehr bald ändern und wir werden ein völlig anderes Bild sehen."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/original/633aa8e948fbef07df787604.jpg>
Militärtechnik der DVR in der Nähe des Dorfes Slawnoje, Volksrepublik Donezk

tass.ru: **Die Staatsduma hat am 3.10. einstimmig die Gesetzesentwürfe zu den neuen Territorien beschlossen.**

Zu den Grenzen der neuen Föderationssubjekte sagte der Abgeordnete Pawel Krascheninnikow, der von Putin als sein offizieller Vertreter bei der Behandlung der Gesetzesentwürfe über die neuen Territorien in der Staatsduma benannt wurde: „Bei der DVR und der LVR gibt es die Verfassungen, dort sind die Grenzen festgeschrieben, es gibt dort keine Fragen. Was Saporoshe betrifft, so sind es die administrativen Grenzen der Oblast Saporoshe. Was Cherson betrifft, so wissen wir, dass die obersten Beamten der Oblast zwei Bezirke der Oblast Nikolajew benannt haben, die auch zur Oblast Cherson gehören.“

13:46 de.rt.com: **Russische Staatsduma ratifiziert Beitrittsverträge für Donbass, Cherson und Saporoschje**

Die Staatsduma hat die Verträge über den Beitritt von Donezk, Lugansk, Cherson und Saporoschje zu Russland ratifiziert. Die Beitrittsverträge wurden anschließend vom russischen Verfassungsgericht genehmigt. Der nächste Schritt ist die Ratifizierung durch den Föderationsrat.

Die russische Staatsduma hat die Verträge über den Beitritt der Volksrepubliken Donezk und Lugansk (DVR und LVR) sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje zu Russland ratifiziert. Präsident Wladimir Putin legte dem Parlament am Sonntag die Dokumente zu den vier ehemaligen ukrainischen Gebieten vor. Alle vier hatten sich in Referenden zwischen dem 23. und 27. September mit großer Mehrheit für den Beitritt zu Russland ausgesprochen.

Die Beitrittsverträge, die am Freitag von Putin unterzeichnet wurden, wurden anschließend vom russischen Verfassungsgericht genehmigt. Der nächste Schritt im Beitrittsprozess ist die Ratifizierung durch den Föderationsrat, das Oberhaus des russischen Parlaments.

Den Dokumenten zufolge erhalten russische Bürger, die in der DVR, der LVR sowie in den Gebieten Saporoschje und Cherson wohnen, Beschäftigungsgarantien, ihre Bildungsabschlüsse werden anerkannt, ebenso wie Dokumente, die ihren Personenstand, ihre Berufserfahrung, das Recht auf Renten sowie soziale und medizinische Unterstützung bestätigen.

Die Gesetzesentwürfe sehen auch Garantien im Bereich der Eigentumsverhältnisse vor, einschließlich der Festlegung von Besonderheiten bei der Regelung des Immobilienumsatzes, der Grundstücksverhältnisse, der Beziehungen im Bereich der Katastertätigkeit und der

Grundstücksverwaltung. Bis zum 1. Januar 2028 wird die staatliche Eintragung von Rechten an Immobilien auf der Grundlage von Dokumenten möglich sein, die von den staatlichen Behörden der Republiken und der Ukraine ausgestellt werden.

Die Änderungen werden sich auch auf das Verfahren zur Erlangung der Staatsbürgerschaft auswirken, wie die russische Nachrichtenagentur TASS berichtet. So können Personen, die in den neuen russischen Gebieten wohnen, sowie diejenigen, die zuvor in diesen Gebieten wohnten, aber nach Russland ausgewandert sind, die russische Staatsbürgerschaft erwerben. Dazu müssen sie einen Antrag beim Innenministerium stellen und den Eid auf die russische Staatsbürgerschaft ablegen.

Die Währung der neuen Gebiete wird den Gesetzesentwürfen zufolge ausschließlich der Rubel sein. Bis zum 31. Dezember 2022 ist die ukrainische Griwna für Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen zugelassen. Gleichzeitig wird die Bank von Russland ermächtigt, die Besonderheiten von Kredit- und Nicht-Kredit-Finanzinstituten festzulegen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633ad4b448fbef107d765943.jpg>

Monitore mit Abstimmungsergebnissen bei einer außerplanmäßigen Plenarsitzung der Staatsduma der Russischen Föderation

14:01 de.rt.com: **Ukraine verliert innerhalb von drei Tagen mehr als 500 Soldaten bei Kämpfen bei Kupjansk**

Wie das russische Verteidigungsministerium am Montag mitteilt, haben die russischen Streitkräfte innerhalb von drei Tagen mehr als 500 ukrainische Soldaten in der Region um Kupjansk, Gebiet Charkow, eliminiert. In einer Erklärung der Behörde heißt es:

"Am Frontabschnitt bei Kupjansk in der Nähe der Ortschaften Kupjansk, Dwuretschnaja und Kurilowka im Gebiet Charkow wurden bei Raketenangriffen auf die Stellungen von Personal und militärischer Ausrüstung der 14. Mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte mehr als 140 Soldaten und 19 Einheiten spezieller militärischer Technik zerstört. Die Gesamtverluste des Feindes am Frontabschnitt bei Kupjansk während der dreitägigen Kampfhandlungen beliefen sich auf über 500 Soldaten und etwa 60 Einheiten militärischer Technik."

14:38 de.rt.com: **LVR-Offizier: Ukrainische Streitkräfte in "Feuerkessel" geraten**

Bei dem Versuch, in das Verwaltungsgebiet der Volksrepublik Lugansk (LVR) einzudringen, sind die ukrainischen Einheiten in einen "Feuerkessel" der verbündeten Streitkräfte geraten. Das teilte der Offizier der LVR-Volksmiliz Andrei Marotschko am Montag gegenüber TASS mit. Er erklärte:

"Die ukrainischen Truppen sind in einen 'Feuerkessel' geraten und werden von unseren Truppen aktiv liquidiert. Es war ihnen gelungen, anderthalb bis zwei Kilometer vorzurücken. Dies geschah, damit Selenskij sich freuen und einen weiteren Erfolg verkündeten konnte. Er

verschweigt jedoch die Tatsache, dass er seine Kämpfer in den sicheren Tod geschickt hat. Die ukrainischen Streitkräfte würden jetzt von drei Seiten gleichzeitig beschossen, das heißt von Norden, Osten und Süden aus. Alle, die in das administrative Gebiet der Volksrepublik Lugansk eindringen, würden routinemäßig eliminiert, erklärte Marotschko.

15:12 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte verlieren über 900 Soldaten am Frontabschnitt bei Krasny Liman**

Das russische Verteidigungsministerium hat am Montag mitgeteilt, dass die ukrainischen Truppen am Frontabschnitt bei Krasny Liman innerhalb von drei Tagen über 900 Mann verloren haben. In einer Erklärung hieß es:

"Die Gesamtverluste der Einheiten der 66. und 93. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in dieser Richtung während der dreitägigen Kampfhandlungen beliefen sich auf mehr als 900 ukrainische Soldaten."

Außerdem wurden die feindlichen Reserven und Einheiten der 66. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in der Nähe von Slawjansk massiv beschossen, wodurch im Laufe des Tages bis zu 100 Soldaten getötet sowie sechs gepanzerte Fahrzeuge und zwei Mehrfachraketenwerfer vom Typ Grad zerstört wurden.

15:19 de.rt.com: **Wieviel Gas ist noch da? – Ampel tappt beim Status der Gasfüllspeicher im Dunkeln**

Obwohl Deutschlands Gasspeicher trotz der Anschläge auf Nordstream 1 und 2 zumindest derzeit gut gefüllt sind, besteht die Möglichkeit, dass das Gas in andere Länder weitergeliefert wird. Unklar ist in Berlin offenbar generell, wie viel Gas im Winter zur Verfügung steht.

Die Bundesregierung weiß laut dem [Fokus](#) offenkundig nicht, welche Menge an gespeichertem Gas der deutschen Industrie im Winter zur Verfügung steht. Die „Bild am Sonntag“ berichtet über ein ihr vorliegendes Schreiben des Wirtschaftsministeriums an den stellvertretenden Unions-Fraktionsvorsitzenden Jens Spahn (CDU):

"Kenntnisse darüber, wohin das einzelne eingelagerte Gas fließt, liegen der Bundesregierung nicht vor."

Die Bundesnetzagentur betonte daraufhin:

"Das gespeicherte Gas ist in weiten Teilen Eigentum von Gashändlern und -lieferanten, die häufig europaweit agieren."

Das betrifft wohl auch Gas, das die Trading Hub Europe mit Steuergeldern eingekauft und unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur im ehemaligen Gazprom-Speicher in Rehden zur Verfügung gestellt hat. Hier sei lediglich ausschlaggebend, wer den Höchstpreis biete. Spahn kommentiert das mit den Worten:

"Das sehr teuer eingekaufte Gas in unseren Speichern muss im Winter bei den deutschen Verbrauchern ankommen. Dazu muss die Ampel endlich einen Ausspeicherplan vorlegen. Sonst wiegen volle Speicher in falscher Sicherheit."

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck [betonte](#) bereits in der Vergangenheit, dass er zu wenig Wissen über den deutschen Energiemarkt habe.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/6339f335b480cc3c9c04b28d.jpg>
Gasspeicher Haidach (Bayern) am 02.08.2022

15:29 de.rt.com: **Russische Streitkräfte eliminieren 260 ukrainische Kämpfer am Frontabschnitt bei Artjomowsk**

Russische Einheiten haben mehr als 260 Soldaten und 14 Stück Kriegstechnik der 10. Gebirgsjägerbrigade der ukrainischen Streitkräfte am Frontabschnitt bei Artjomowsk nahe der Siedlung Kalinowka mit einem Raketenangriff eliminiert. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Montag mit.

15:47 de.rt.com: **Treffen zwischen Armenien und Aserbaidschan: Bedingungen des Friedensvertrags diskutiert**

Angesichts der jüngsten Spannungen an der armenisch-aserbaidschanischen Grenze besprachen die Außenminister der beiden Länder am Sonntag die Bedingungen des Friedensvertrags sowie den gegenseitigen Truppenabzug. Aserbaidschan schlug vor, die Grenzziehung zu beschleunigen.

Vor dem Hintergrund der erneuten Feindseligkeiten an der Grenze der beiden Länder hat am Sonntag in Genf ein Treffen zwischen den Außenministern der Republik Aserbaidschan, Jeyhun Bayramov, und der Republik Armenien, Ararat Mirsojan, stattgefunden. Die Minister diskutierten unter anderem über die Bedingungen eines Friedensvertrags zwischen den Ländern sowie den gegenseitigen Truppenabzug. Dies berichtete die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#) am Montag mit Bezug auf die Pressedienste der [armenischen](#) sowie [aserbaidschanischen](#) Außenministerien.

Auf der Website des Außenministeriums Armeniens heißt es:

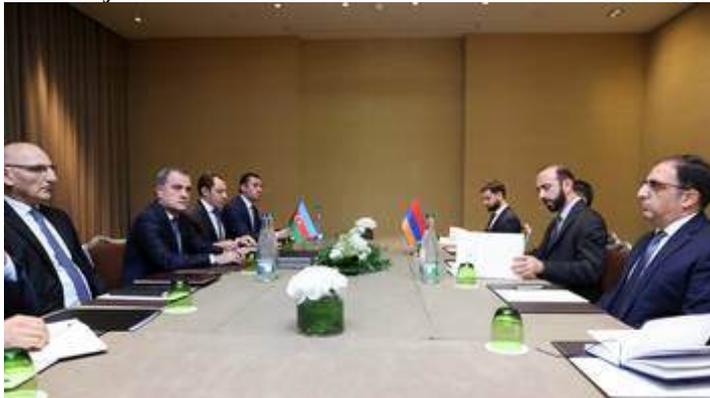
"Die Seiten tauschten sich über den Friedensvertrag zwischen Armenien und Aserbaidschan aus sowie über die Einhaltung von Sicherheitsrechten und -garantien der Armenier in Bergkarabach, unter anderem durch die Schaffung eines Mechanismus für Gespräche zwischen Stepanakert und Baku."

Es wurde außerdem darauf hingewiesen, dass beide Seiten verstanden haben, dass "regionale Verkehrswege innerhalb der Souveränität und Gerichtsbarkeit der Länder freigegeben werden sollten".

Zudem bestätigte Mirsojan die Position der armenischen Seite bezüglich des Abzugs aserbaidschanischer Truppen aus dem Hoheitsgebiet Armeniens und der sofortigen Freilassung aller armenischen Kriegsgefangenen. Besonderes Augenmerk wurde auf die Einführung internationaler Verfahrensweisen zur Überwachung der Grenze gelegt. Der aserbaidschanische Außenminister, Jeyhun Bayramov, betonte seinerseits die Bedeutung der Bemühungen zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen und schlug vor, das nächste Treffen zur Grenzziehung zu beschleunigen. Er unterstrich die Notwendigkeit des Rückzugs armenischer bewaffneter Verbände aus aserbaidschanischem Gebiet und forderte dazu auf, die von Russland vermittelten Vereinbarungen einzuhalten.

In der Nacht zum 13. September waren an der armenisch-aserbaidischen Grenze Kämpfe ausgebrochen. Dabei beschuldigten sich beide Seiten, die Eskalation ausgelöst zu haben. Jerewan erklärte, das aserbaidische Militär habe armenische Grenzgebiete mit Artillerie und Drohnen beschossen. Zudem hätten diese Gebiete nichts mit Karabach zu tun. Nach Angaben Bakus soll das armenische Militär aserbaidische Stellungen an der Grenze beschossen haben. Das aserbaidische Außenministerium warf Armenien vor, den Friedensprozess stören zu wollen. Beide Seiten meldeten Verluste unter ihren Soldaten. Am Morgen einigten sich die Länder auf einen Waffenstillstand.

RIA Nowosti berichtete, dass der Waffenstillstand an der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidischan dank russischer Bemühungen erreicht worden sein soll. Neben der Arbeit des Auswärtigen Amtes Russlands fand am 13. September ein Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem armenischen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan statt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633aaeba48fbef5e8f017a04.jpg>
Der Außenminister Armeniens, Ararat Mirsojan, (2. von rechts) und der Außenminister Aserbaidischans, Jeyhun Bayramov, (2. von links) bei Gesprächen über den Friedensvertrag zwischen den beiden Ländern.

15:56 de.rt.com: **Energodar-Beamter: Kiew will mit Beschuss der Infrastruktur Wärmeversorgung stören**

Das ukrainische Militär versucht, die Wärmeversorgung in der Stadt Energodar zu unterbrechen, indem es die entsprechende Infrastruktur, darunter das Wärmekraftwerk Saporoschje, beschießt. Dies erklärte Alexandr Wolga, der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung der Stadt, am Montag laut [TASS](#).

Ihm zufolge wurde die Infrastruktur des Wärmekraftwerks der Stadt beim Beschuss durch ukrainische Soldaten beschädigt. "Etwa 20 Einschläge nur auf die infrastrukturelle Wärmebasis der Anlage" habe es gegeben. Wolga fügte hinzu:

"Sie versuchen, die Heizperiode in unserer Stadt zu stören, gehen wieder mit sozialem Terror gegen die Bürger vor."

16:31 de.rt.com: **Etwa 10.000 Männer versuchten seit Beginn der russischen Militäroperation, die Ukraine illegal zu verlassen**

Seit Beginn der russischen militärischen Sonderoperation wurden rund 10.000 Männer bei dem Versuch festgenommen, die ukrainische Grenze illegal zu überqueren. Dies teilte Andrei Demtschenko, ein Vertreter des Grenzschutzes der Ukraine, am Montag mit. Ihn zitiert die Nachrichtenagentur UNIAN wie folgt:

"Seit den ersten Tagen nach dem 24. Februar haben wir begonnen, die Versuche ukrainischer Männer, die Grenze illegal zu überqueren, zu registrieren. Und wir registrieren sie leider auch weiterhin."

Demtschenko hob hervor, dass die Grenzbeamten in diesem Zeitraum "etwa 10.000 Männer

festnahmen, die versuchten, die Ukraine illegal zu verlassen". Im Durchschnitt sind es zwischen 20 und 40 Männer pro Tag.

Er erklärte, dass an Kontrollpunkten, an denen ein legaler Grenzübergang möglich ist, Betrüger versuchen, gefälschte Dokumente zu verwenden. Der Beamte fügte hinzu:

"Außerhalb der Kontrollpunkte auf dem sogenannten grünen Abschnitt der Grenze versuchen sie, die Grenze in Gruppen oder allein zu überqueren."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 3.10.2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol wurden Arbeiten zum Austausch von Stromleitungen für Kommunikationsobjekte sowie Arbeiten an einem Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme von mobilem Internet durchgeführt. Der Anschluss von Verbrauchern ans das Telekommunikationsnetz geht in Mariupol, Wolnowacha und Wolodarskoje weiter.

Die Straßenbaubehörde „Awtodor“ hat Arbeiten zu Planierung von Straßenrändern an der Autostraße Startschenkowo-Panowka-Wolodarskoje vorgenommen, es wurden weitere 8 Kilometer planiert.

In 17 befreiten Ortschaften wurde der Bevölkerung in Einrichtungen des Gesundheitswesens Beratung und medizinische Behandlung geleistet.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 2 Hektar Gelände untersucht und 34 explosive Objekte entschärft. 5 Mitarbeiter und 2 Stück Technik wurden eingesetzt.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine beschießen weiter Objekte der Stromversorgung der Donezker Volksrepublik. In der Folge von Angriffen haben Industriebetriebe, soziale Objekte und Haushaltsverbraucher keinen Strom.

Die ukrainischen Kämpfer beschießen zielgerichtet Energieinfrastruktur, um im Donbass eine humanitäre Katastrophe zu schaffen. Auch in den Ortschaften, die im Verlauf der militärischen Spezialoperation befreit wurden, hat der Gegner dem Stromversorgungssystem enormen Schaden zugefügt.

Dennoch unternehmen die Energietechniker der Donezker Volksrepublik alle notwendigen Maßnahmen, um rechtzeitig Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen und Umspannwerken vorzunehmen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:00 de.rt.com: **Zweiter Strang von Nord Stream 2 wird überprüft – Gaslieferungen laut Gazprom vielleicht möglich**

Von den jeweils zwei Strängen der Pipelines Nord Stream 1 und 2 ist einer vermutlich unbeschädigt. Gazprom will jetzt seinen Zustand überprüfen. Prinzipiell wären Lieferungen darüber möglich, wenn die Überprüfung ergibt, dass er keine Zerstörung aufweist.

Nach Meldung von Gazprom hat sich der Druck in den beschädigten Röhren der Nord Stream Pipelines stabilisiert, was bedeutet, dass das Gas weitgehend entwichen ist. "Der Druck in Strang A der Pipeline Nord Stream 2 und in beiden Strängen der Pipeline Nord Stream 1 hat sich nach den Brüchen stabilisiert, und es strömt kein Gas mehr aus", teilte das Unternehmen auf seinem Telegram-Kanal mit.

Derzeit arbeite Gazprom daran, den Druck im unbeschädigten zweiten Strang von Nord Stream 2 abzusenken und das Erdgas daraus abzupumpen, um dann dessen Integrität

überprüfen zu können und mögliche Schäden auszuschließen.

"Sollte eine Entscheidung getroffen werden, über Strang B von Nord Stream 2 Erdgaslieferungen aufzunehmen, wird nach der Überprüfung der Integrität des Systems und der Bestätigung einer möglichen Durchleitung durch die überwachenden Behörden wieder Erdgas in die Pipeline gepumpt werden", informierte Gazprom.

Bereits zuvor hatte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow [erklärt](#), dass, wenn es möglich sei, die Nord Stream Pipelines wiederherzustellen, das auch geschehen müsse. Es sei aber noch nicht klar, wie schnell sie repariert werden könnten. Befragt, ob Russland die Pipelines in Zusammenarbeit mit anderen Ländern reparieren würde, sagte er:

"Es ist nicht klar, auf welche Art internationaler Zusammenarbeit wir in dieser Lage zählen können, wenn man die hysterisch antagonistische Position des gesamten kollektiven Westens unserem Land gegenüber betrachtet."

Drei der vier Röhren von Nord Stream 1 und 2 waren Ende September durch Explosionen beschädigt worden, die allgemein als Sabotage gewertet werden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633adeb3b480cc530f7c86d7.jpg>
Endpunkt der Nord Stream Pipelines in Lubmin, 28.09.2022

17:06 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte verlieren rund 130 Soldaten bei Solotaja Balka und Alexandrowka**

Das russische Militär, das zuvor eine vorbereitete Verteidigungslinie in Richtung Solotaja Balka und Alexandrowka im Gebiet Cherson eingenommen hatte, führte einen massiven Feuerangriff auf die anrückenden ukrainischen Streitkräfte durch. Als Folge beliefen sich die Verluste der ukrainischen Truppen auf etwa 130 Personen und 23 Stück militärische Technik, teilte das russische Verteidigungsministerium am Montag mit.

"Mit überlegenen Panzerverbänden am Frontabschnitt bei Solotaja Balka und Alexandrowka gelang es dem Feind, in die Tiefen unserer Verteidigung einzudringen. Russische Truppenteile haben eine vorbereitete Verteidigungslinie eingenommen und setzen den Feind unter massiven Beschuss. Die Verluste der ukrainischen Kämpfer in diesem Gebiet beliefen sich auf etwa 130 Soldaten und 23 Stück Militärtechnik.

17:35 de.rt.com: **Russische Luftabwehrsysteme fangen 15 HIMARS-Raketen ab**

Die Luftabwehr der russischen Streitkräfte hat drei ukrainische Drohnen und fünfzehn Raketen des US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfer-Systems HIMARS abgeschossen. Das teilte das russische Verteidigungsministerium am Montag mit.

"Flugabwehrwaffen schossen drei Drohnen ab – in der Gegend von Walerjanowka in der Volksrepublik Donezk, in Kupjansk im Gebiet Charkow und in Borosenskoje im Gebiet Cherson."

Überdies seien fünfzehn HIMARS-Geschosse in den Ortschaften Nowaja Kachowka, Wesjoloje und Nowaja Sburjewka im Gebiet Cherson zerstört worden.

abends:

18:04 de.rt.com: Nowaja Kachowka: Ladengeschäft durch ukrainischen Beschuss zerstört

Ein zweistöckiges Ladengebäude am zentralen Markt der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Saporoschje ist durch ukrainischen Beschuss zerstört worden. Dies meldete die Nachrichtenagentur RIA Nowosti unter Berufung auf einen örtlichen Mitarbeiter des Katastrophenschutzes. Angaben zu Opfern werden noch ermittelt, so die Meldung weiter. Die Nachrichtenagentur veröffentlichte außerdem eine [Videoaufnahme](#) des zerstörten Gebäudes. Die zivile Infrastruktur von Nowaja Kachowka wird regelmäßig vom ukrainischen Militär angegriffen. Unter Beschuss genommen werden Wohngebäude, Märkte sowie das nahe gelegene Wasserkraftwerk.

18:34 de.rt.com: Neun NATO-Mitgliedstaaten unterstützen möglichen Beitritt der Ukraine zur Allianz

Inmitten der Spannungen zwischen Russland und der Ukraine haben die Präsidenten von neun NATO-Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zur Allianz zum Ausdruck gebracht. Die Ukraine gab bekannt, dass ihr NATO-Antrag "bereits auf dem Weg nach Brüssel" sei.

Trotz des Standpunktes Russlands, dass die Erweiterung der NATO eine direkte Bedrohung für seine nationale Sicherheit darstellt, haben die Präsidenten von neun NATO-Mitgliedstaaten am Sonntag ihre Unterstützung für den Beitritt der Ukraine zu der militärischen Allianz zum Ausdruck gebracht.

Ihre gemeinsame Erklärung kam zwei Tage nach der Ankündigung des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij, dass sein Land einen Antrag auf eine beschleunigte NATO-Mitgliedschaft stellen wolle. Zudem forderten die Staatschefs weitere Mitgliedstaaten auf, die militärische Unterstützung für Kiew "wesentlich zu erhöhen". Zu den Unterstützern der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine gehören die Präsidenten Tschechiens, Estlands, Lettlands, Litauens, Nordmazedoniens, Montenegros, Polens, Rumäniens und der Slowakei. In der Erklärung hieß es:

"Wir unterstützen nachdrücklich den Beschluss des Bukarester NATO-Gipfels 2008 über die künftige Mitgliedschaft der Ukraine."

Auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 hatten die Allianzmitglieder die "Bestrebungen der Ukraine und Georgiens bezüglich einer NATO-Mitgliedschaft" begrüßt, vertagten weitere Entscheidungen jedoch.

"Wir unterstützen die Ukraine, (...) und fordern, dass Russland seine Truppen unverzüglich aus den besetzten Gebieten abzieht, und rufen alle Verbündeten auf, die Militärhilfe für die Ukraine deutlich zu erhöhen,"

hieß es weiter. Dabei betonten die Staats- und Regierungschefs, dass sie die Eingliederung von vier Gebieten in die Russische Föderation nie anerkennen würden.

Mittlerweile hatte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg in seinem Kommentar zu Selenskij's Erklärung über den Antrag auf eine beschleunigte Aufnahme des Staates in die NATO hervorgehoben, "jede Entscheidung über die Mitgliedschaft brauche die einstimmige Zustimmung aller 30 Mitgliedstaaten". Stoltenberg betonte, dass die NATO "eine Politik der offenen Tür" betreibe, und erklärte, dass derzeit die oberste Priorität des Blocks darin bestehe, "die Ukraine militärisch und finanziell zu unterstützen". Er glaubt, dass dies auch "der beste Weg ist, auf Russlands Verhalten zu reagieren". Allerdings gab die stellvertretende ukrainische Ministerpräsidentin Olga Stefanischina am Sonntag bekannt, dass Kiews Antrag

auf NATO-Mitgliedschaft "bereits auf dem Weg nach Brüssel" sei.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633af228b480cc0e043af187.jpg>

18:39 de.rt.com: **Ukraine hinterlässt elternlose Kinder und beschuldigt Russland**

Erneut wurde ein Flüchtlingskonvoi auf dem Weg nach Russland beschossen. Die Chefarztin des Republikanischen Kinderkrankenhauses von Lugansk, Ljudmila Beletskaja, behandelt zwei Kinder, deren Eltern bei dem Beschuss ums Leben gekommen sind. Sie [berichtet](#): "Der Zustand des Mädchens war bei der Einlieferung sehr schlecht, sie wurde noch am selben Tag operiert, der Zustand des Jungen war mittelschwer."

Bei den Kindern würde sich zwar ihr körperlicher Zustand stabilisieren, bei dem Jungen jedoch hat das durch die Explosion des Fahrzeugs verursachte Trauma zu schweren psychischen Folgen geführt, fügte die Ärztin hinzu.

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst bezichtigt Russland weiterhin des Beschusses der Zivilisten, die nach Russland zu fliehen versuchten.

19:01 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Cherson: Zwei ukrainische Bataillone beim Durchbruchversuch zum Wasserkraftwerk von Kachowka vernichtet**

Die russischen Streitkräfte haben zwei ukrainische Bataillone zerschlagen, die versuchten, zur Stadt Nowaja Kachowka und dem Wasserkraftwerk von Kachowka durchzubrechen. Dies berichtete das Oberhaupt der Verwaltung des Gebiets Cherson, Wladimir Saldo. In einer Fernsendung des Kanals Solowjow live sagte er:

"Sie schafften es, von Norden in das Gebiet einzudringen. Dort gibt es eine Ortschaft namens Dudtschany. Dorthin wollten sie durchbrechen, um weiter flussabwärts auf das Wasserkraftwerk von Kachowka vorzustoßen. Der Durchbruch dauerte eine kurze Zeit. Nachdem die Luftstreitkräfte eingegriffen hatten, wurde viel ukrainisches Kriegsgerät zerstört und viele Soldaten getötet. Es wurden praktisch zwei Bataillone zerschlagen, die von Dudtschany aus zum Wasserkraftwerk von Kachowka gelangen wollten."

19:30 de.rt.com: **Polen-Reise: Warschau empfängt Baerbock mit 1,3 Billionen Euro Reparationsforderung**

Polen fordert von Deutschland Reparationen für im Zweiten Weltkrieg erlittene Schäden in Höhe von umgerechnet 1,3 Billionen Euro. Das Thema dürfte auch den bevorstehenden Besuch von Annalena Baerbock in Warschau bestimmen.

Kurz vor der geplanten Polen-Reise von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) hat ihr polnischer Amtskollege Zbigniew Rau eine diplomatische Note über die Reparationsforderungen seines Landes an Deutschland unterzeichnet. "Diese werde dem Auswärtigen Amt in Berlin übergeben", sagte Rau am Montag. Er sei demnach davon überzeugt, so Rau weiter, "dass die Parteien unverzüglich Schritte zu einer dauerhaften, umfassenden und endgültigen rechtlichen und materiellen Regelung der Folgen der deutschen Aggression und Besatzung von 1939 bis 1945 einleiten sollten."

Die Forderung könnte sich auf bis zu 1,3 Billionen Euro belaufen

Eine genaue Forderungssumme nannte der Außenminister zwar nicht. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich die polnische Regierung bei der Formulierung dieser an einem bereits 2017 erstellten Gutachten orientierte, das eine Parlamentskommission Anfang September erstmals vorgelegt. In dem Gutachten werden die von Nazi-Deutschland im Zweiten Weltkrieg verursachten Schäden auf mehr als 1,3 Billionen Euro beziffert. Mit der nun offiziell formulierten Reparationsforderung wird Rau in Berlin vermutlich jedoch erst einmal auf taube Ohren. Denn die Bundesregierung lehnt weiterhin jegliche Reparationsforderungen ab. Für sie ist die Frage mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag über die außenpolitischen Aspekte der Deutschen Einheit abgeschlossen.

So verwundert es nicht, dass sich das Auswärtige Amt in Berlin nach Angaben eines Sprechers zunächst nicht zu den polnischen Ankündigungen äußern wollte. Baerbock selbst wird am Montagabend in Warschau erwartet, wo sie an den Feierlichkeiten der Deutschen Botschaft zum Tag der Deutschen Einheit teilnehmen und eine Rede halten wird. Mit ihren Amtskollegen Rau wird sie erst am Dienstag zusammentreffen. Wie ein Sprecher des polnischen Außenministeriums mitteilte, wollen die beiden Außenminister bei dem Treffen alle wichtigen Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen besprechen. "Und die diplomatische Note ist wahrscheinlich eine der wichtigsten."

Die nationalkonservative PiS-Regierung in Warschau hat die Reparationsforderungen in den vergangenen Jahren immer wieder thematisiert. Da die damalige kommunistische Regierung 1953 auf Druck der Sowjetunion aber auf alle Reparationsforderungen verzichtete, stößt das Vorhaben der jetzigen innerhalb der Opposition jedoch auf Kritik. Denn statt um Reparationszahlungen gehe es der nationalkonservativen Regierungspartei PiS in Wirklichkeit lediglich um eine innenpolitische Kampagne, hatte der Oppositionsführer und ehemalige EU-Ratspräsident Donald Tusk bereits Anfang September bemängelt:

"PiS-Chef Jarosław Kaczyński macht kein Geheimnis daraus, dass er mit dieser antideutschen Kampagne den Rückhalt für die Regierungspartei ausbauen will."

Auch der Oppositionspolitiker Grzegorz Schetyna hatte die Pläne der polnischen Regierung zuvor scharf kritisiert und darauf verwiesen, dass Polen auf ein gutes Verhältnis zu Deutschland angewiesen sei. Das Gutachten sei lediglich innenpolitisch motiviert. Vertreter der nationalkonservativen Partei hatten das Thema in den vergangenen Jahren immer wieder für ihren innenpolitischen Wahlkampf missbraucht.

Hintergrund

Am 1. September 1939 begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Allein in Polen sind dabei nach Schätzungen bis zu sechs Millionen Menschen getötet worden. Die Hauptstadt Warschau wurde fast völlig zerstört.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.10/article/633afed6b480cc19507cbebf.jpg>

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock

19:37 de.rt.com: **Ukraine erhält weitere fünf Milliarden Euro von der EU**

Die Europäische Union hat nach Angaben aus Kiew eine Absichtserklärung über neue Finanzhilfen in Höhe von fünf Milliarden Euro für die Ukraine unterzeichnet. Der ukrainische Ministerpräsident Denis Schmygal schrieb auf Twitter diesbezüglich:

"Das ist eine weitere Geste der EU, dass sie gewillt ist, die Ukraine beim Sieg in diesem Krieg, dem Wiederaufbau und dem Streben nach einer europäischen Zukunft zu unterstützen."

Schmygal dankte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Vizepräsident Valdis Dombrovskis für diese Hilfe, die als Kredite mit langer Laufzeit fließt.

Der ukrainische Haushalt wird einschließlich der Militärausgaben seit Kriegsbeginn zu großen Teilen aus dem westlichen Ausland finanziert.

Dombrovskis schrieb auf Twitter, das Geld werde für "sofortige Liquiditätsengpässe sowie Lohn- und Pensionszahlungen" verwendet. Ein erster Teil fließe Mitte Oktober, weitere zwei Tranchen später in diesem Jahr.